Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe begrüße ich Sie hier in Berlin sehr herzlich zu unserer diesjährigen Jahrespressekonferenz.

In vier Tagen ist Bundestagswahl – dann werden die politischen Weichen für vier hoffentlich konstruktive und unternehmerisch geprägte Regierungsjahre gestellt!

Und hier im Haus der Bundespressekonferenz im Berliner Regierungsviertel werden dann hoffentlich auch in einigen Wochen die künftigen Koalitionäre ein Regierungsprogramm vorstellen, das einen wirtschaftspolitischen Willen und Anspruch verkörpert, den die Ampelregierung so sträflich hat vermissen lassen!

Denn ganz gleich, ob Händler, Karosserie- oder Kfz-Meister – wir sind Unternehmer und wünschen uns eine zupackende Bundesregierung, die für die Kfz-Branche vernünftige Rahmenbedingungen setzt, insbesondere beim Umstieg auf die Elektromobilität aber auch beim Hochlauf regenerativer Kraftstoffe für die Bestandsflotte.

Wir präsentieren Ihnen die Ergebnisse des Autojahres 2024, geben einen Ausblick auf das laufende Jahr und stellen Ihnen die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter rund 700 Autohäusern und Werkstätten vor. Hier geht es um Erwartungen zur Marktentwicklung in 2025. Hier geht es aber auch um die Top-Themen, die unsere Betriebe vor der anstehenden Bundestagswahl beschäftigen.

Zunächst zu den Zahlen:

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Branche ist zwiespältig. Der Umsatz im Kraftfahrzeuggewerbe über alle drei Geschäftsbereiche – Neuwagen, Gebrauchtwagen und Service – ist im vergangenen Jahr zwar um 5,6 % auf 218,9 Mrd. Euro gewachsen.

Zum Umsatzwachstum haben jedoch nur der Handel mit Gebrauchtwagen sowie das Service- und Reparaturgeschäft beigetragen. Der Verkauf von Neufahrzeugen hingegen stagnierte mit leicht negativer Tendenz (minus 1 %) im Vergleich zum Vorjahr, die Umsätze gingen um minus 2 % zurück. Das lag auch am leicht gesunkenen durchschnittlichen Neuwagenpreis (minus 2,5 %).

Der Privatmarkt gab um minus 2,1 % nach. Für Zuwächse sorgten die gewerblichen Zulassungen mit Ausnahme des Flottenmarktes (minus 6,7 %). Auf Basis der Ergebnisse unserer Umfrage vor einem Jahr im Autohandel und bei Kfz-Betrieben war diese Entwicklung abzusehen.

Extrem negativ zu Buche schlug der Einbruch des Verkaufs von rein batterieelektrisch betriebenen Pkw (minus 27,4 %). Stattdessen hätten wir für einen erfolgreichen Hochlauf der Elektromobilität 20 bis 30 Prozent Wachstum gebraucht.

Die vorläufige durchschnittliche Umsatzrendite im Pkw-Bereich liegt bei 1,6 %. Im Vorjahr waren es 2,1 %.

Wie sehen die Erwartungen unserer Betriebe insbesondere bei der E-Mobilität in diesem Jahr aus? Das haben wir durch eine Umfrage ermittelt, die wir vom 27. Januar bis 5. Februar bei rund 700 Autohäusern und Kfz-Werkstätten durchgeführt haben. Einige Ergebnisse werden Ihnen gleich meine Kollegen Thomas Peckruhn und Detlef Peter Grün präsentieren.

Wir wollten von den teilnehmenden Betrieben aber auch wissen, welche Themen die Unternehmerinnen und Unternehmer vor der anstehenden Bundestagswahl aktuell am meisten beschäftigen. Hier waren drei Nennungen möglich.

Bei den Autohäusern und Werkstätten ganz oben stehen „Überregulierungen und Bürokratie“ (539 Nennungen), gefolgt von „Steuern und Abgaben“ (402 Nennungen), „Fachkräftemangel“ (399 Nennungen) und „wirtschaftliche Lage“ (364 Nennungen).

Meine Damen und Herren,

dieses Stimmungsbild zeigt, woran die nächste Bundesregierung aus Sicht unserer Branche mit überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen dringend arbeiten muss.

Bei der Bundestagswahl wird darüber entschieden, ob Betriebe des Kfz-Gewerbes und ihre Beschäftigten künftig in einem wirtschaftlich und technologisch starken, und dabei klimafreundlichen und leistungsorientierten Land agieren und leben können. Oder ob die bürokratischen Belastungen weiter zunehmen und der Automobilstandort Deutschland geschwächt wird.

Dabei steht der Automobilstandort Deutschland für eine der Branchen, die am stärksten von einer politischen Neuausrichtung abhängig sind. Allein im Kfz-Gewerbe haben 470.000 Beschäftigte mit ihren Familien am 23. Februar 2025 die Chance, über die Zukunft ihrer Branche und ihres Arbeitsplatzes mitzuentscheiden.

Diese Richtungswahl entscheidet maßgeblich darüber, ob sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland wieder zum Positiven verändern. Ganz gleich, ob es um E-Mobilität, Infrastruktur oder den Wirtschaftsfaktor Auto geht: Die Programme der demokratischen Parteien bieten eine fundierte Auswahl aller relevanten Themen. Wir appellieren eindringlich an unsere Mitglieder, sich der Bedeutung der Bundestagswahl und ihrer persönlichen Entscheidung bewusst zu sein.

Die für das Kfz-Gewerbe zentralen verkehrspolitischen Forderungen zur Bundestagswahl sind der Ausbau der Ladeinfrastruktur im Bereich E-Mobilität, keine Verschärfung der EU-Flottengrenzwerte, Technologieoffenheit und die Gleichstellung von E-Mobilität, Wasserstoff und klimaneutralen Kraftstoffen.

Eins ist aus unserer Sicht entscheidend: Mobilität darf nicht zum Luxusgut werden. Wenn die Klimaziele eingehalten werden sollen und die E-Mobilität nicht vorankommt, wird der CO2-Preis explodieren. Bei möglichen Kosten von rund 2,50 Euro pro Liter Kraftstoff in den nächsten fünf Jahren können sich viele Menschen kein Auto mehr leisten. Die Politik muss deshalb Lösungen entwickeln, die Mobilität für alle Schichten der Gesellschaft erschwinglich halten, ohne die Klimaziele aus den Augen zu verlieren.

Der Schlüssel zu einer nachhaltigen Individualmobilität liegt nicht in der Verteuerung oder gar der Abschaffung des Autos, sondern in der Förderung innovativer Technologien und alternativer Antriebe. Elektroautos, Wasserstofffahrzeuge und synthetische Kraftstoffe sind bereits heute vielversprechende Ansätze, um die CO2-Emissionen zu reduzieren.

Hier muss der Staat mit gezielten Förderprogrammen und einem konsequenten Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur aktiv werden, statt den Verkehrsteilnehmern immer neue finanzielle Hürden aufzubürden.

Unsere Unternehmen wünschen sich eine Verwendung der CO2-Erträge zur Senkung der Sozialabgaben, was gesamtgesellschaftlich allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugutekäme, sowie die Förderung von alternativen Kraftstoffen und der Elektromobilität. Ein Klimageld für die Bürger schneidet in dieser Befragung entsprechend schlecht ab.

Die nächste Bundesregierung muss die Belange unserer mittelständischen Betriebe und damit auch ihre Wettbewerbsfähigkeit endlich wieder in den Fokus der Politik rücken. Wir geben unsere Stimme einer Verkehrspolitik, die diesen Namen auch verdient. Vernunft und Verlässlichkeit sind die entscheidenden Grundlagen dafür. Deutschland muss technologisch und wirtschaftlich wieder zu den Spitzenreitern der Automobilbranche gehören. Nur so kann das Jahr 2025 auch wieder zu einem Jahr der Chancen werden!

Vielen Dank.